

# Kommunal-Kassen-Zeitschrift

Fachzeitschrift für die kommunale Kassen- und Vollstreckungspraxis

## Jahresinhaltsverzeichnis

67. Jahrgang 2016



Herausgeber: Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.

 VERLAG  
RECKINGER

## 67. Jahrgang 2016

### Heft 1 – 12; Januar – Dezember 2016

#### Hauptbeiträge

- Grußwort zum Jahreswechsel 2016 (Dietmar Liese)
- Unterhaltsforderungen in der kommunalen Vollstreckungspraxis (Teil 1)  
(Sylvia Wipperfurth)
- Bericht des Bundesvorstandes für das Jahr 2015  
(Andrea Sommerfeldt)
- Unterhaltsforderungen in der kommunalen Vollstreckungspraxis (Teil 2)  
(Sylvia Wipperfurth)
- Keine Mitwirkungspflicht des Zwangssicherungshypothekengläubigers beim freihändigen Verkauf des Grundstücks durch den Insolvenzverwalter – Anmerkung zur Entscheidung des BGH vom 30. 4. 2015 – IX ZR 301/13  
(Rainer Goldbach)
- Die GmbH und ihre Geschäftsführer – Grundlagen und haftungsrechtliche Aspekte  
(Norbert Meier)
- Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts – Handlungsbedarf in 2016  
(Friederike Trommer)
- Strafanzeige oder Strafantrag im Zwangsvollstreckungsverfahren  
(Rainer Goldbach)
- Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur ZPO-Zwangsvollstreckung im Jahr 2015 (Teil 1)  
(Anton Hornung)
- Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur ZPO-Zwangsvollstreckung im Jahr 2015 (Teil 2)  
(Anton Hornung)
- Die gesetzliche Erbfolge – Was geschieht nach dem Tod mit dem Vermögen des Erblassers, wenn dieser nichts geregelt hat?  
(Uta Schneider)
- Die häufigsten Fehler und Probleme bei der Verwaltervergütung – Checkliste für Gläubiger und Verwalter  
(Stefan Lissner)
- Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW  
(Helmut Hagemann)
- Umsatzsteuer und Vorabsteuerabzug – zwei Seiten einer Medaille  
(Friederike Trommer)

#### Vollstreckung

- 1 Zum Regierungsentwurf zu Anfechtungen – Darstellung der Modifikationen gegenüber dem Referentenentwurf  
(Ralf Klomfaß) 5
- 2 Entschädigungspauschale als Verzugsfolge zivilrechtlicher Entgeltforderungen  
(Helmut Hagemann) 51
- 25 Insolvenzanfechtung erfolgreich vermeiden und abwehren – Anmerkungen zum Aufsatz von Dr. Hiebert  
(Ralf Klomfaß) 76
- 27 Der Gläubigerausschuss – Ein Überblick von Beginn bis zum Ende des Amtes bei gleichzeitiger Betrachtung vergütungsrechtlicher Bestimmungen (Teil 1)  
(Stefan Lissner) 123
- 49 Der Gläubigerausschuss – Ein Überblick von Beginn bis zum Ende des Amtes bei gleichzeitiger Betrachtung vergütungsrechtlicher Bestimmungen (Teil 2)  
(Stefan Lissner) 150
- 73 Die Pfändung von Eigentümergrundpfandrechten und deren Verwertung (Teil 1)  
(Rainer Goldbach) 177
- 97 Die Pfändung von Eigentümergrundpfandrechten und deren Verwertung (Teil 2)  
(Rainer Goldbach) 196
- 121 Überall anders! In welchen Bundesländern sind grundstücksbezogene Benutzungsgebühren als öffentliche Grundstückslasten ausgestaltet?  
(Rainer Goldbach) 222
- 145 Einzel- und Gesamtvollstreckung – eine Betrachtung der Gegensätze  
(Stefan Lissner) 273
- 169
- 193

#### Kassenthemen

- 217 Musterdienstanweisung Mahnverfahren (Teil 1)  
(Heribert Haller) 9
- 241 Musterdienstanweisung Mahnverfahren (Teil 2)  
(Heribert Haller) 32
- 265 Anmerkung zur „Musterdienstanweisung Mahnverfahren“  
(Heribert Haller) 100

## Für Berufsanfänger

Kurzüberblick für Berufsanfänger über Vollstreckungsmaßnahmen wegen öffentlich-rechtlicher Forderungen (Karola Singer)

## Aus der Praxis

Können weiterlaufende abgabenrechtliche Säumniszuschläge von einer Forderungspfändung erfasst werden? (Ralf Klomfaß)

Praktische Beispiele zur Versagung der Restschuldbefreiung (Teil 1) (Stefan Lissner)

Praktische Beispiele zur Versagung der Restschuldbefreiung (Teil 2) (Stefan Lissner)

Praktische Beispiele zur Versagung der Restschuldbefreiung (Teil 3) (Stefan Lissner)

Zur Anregung/Beantragung der Löschung von Gesellschaften im Handelsregister als rückstandsunterbindende Maßnahme der Kommune (Günter Zimmermann)

Auszahlung von steuerlichen Erstattungs- und Vergütungsansprüchen an Dritte ohne formelle Abtretung oder Verpfändung (Helmut Hagemann)

Zum praktischen Problem der Glaubhaftmachung einer Beeinträchtigung der Befriedigung der Insolvenzgläubiger bei Versagungsanträgen nach §§ 296 Abs. 1, 295 InsO: Wie lässt sich diese Klippe im Einzelfall umschiffen? (Ralf Klomfaß)

Praktischer Fall zum Kassenwesen (Ralf Klomfaß)

Zur Behandlung verjährter öffentlich-rechtlicher Ansprüche in der Zwangsvollstreckung (Norbert Meier)

Zum Schriftformerfordernis bei Vollstreckungsersuchen und Vollstreckungsaufträgen nach dem Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (ThürVwZVG) (Günter Zimmermann)

Erhöhung des Mindestkostenbeitrags im Bereich der zugewiesenen Vollstreckung in Thüringen (Günter Zimmermann)

Die Aufgaben der Gemeindekasse als Vollstreckungsbehörde (Teil 1) (Rolf Sturme)

Die Aufgaben der Gemeindekasse als Vollstreckungsbehörde (Teil 2) (Rolf Sturme)

## Aus der Rechtsprechung

### 1. Ordentliche Gerichte

Vollstreckungskonkurrenz zwischen früheren übergeleiteten Unterhaltsansprüchen und später entstandenen Unterhaltsforderungen; Zum Bereicherungsanspruch gegenüber der pfändenden Unterhaltskasse (BGH, Beschluss vom 17. 9. 2014 – VII ZB 21/13)

225	Zur Feststellung der Zahlungseinstellung im Anfechtungsrecht; Zur Kenntnis des Benachteiligungsvorsatzes durch Indizien; Zu den Beweisanzeichen und ihrer Gesamtwürdigung (BGH, Urteil vom 8. 1. 2015 – IX ZR 203/12)	15
	Berechtigung von hessischen Gemeinden zum Antrag auf Zwangssicherungshypothek; Zur Anwendung des § 58 HessVwVG (OLG Frankfurt/Main, Beschluss vom 29. 1. 2015 – 20 W 264/14)	41
35	Zur Pfändbarkeit von Eigengeld eines Strafgefangenen wegen originärer und übergeleiteter Unterhaltsansprüche; Zur Pfändbarkeit von Eigengeld bei der Unterhaltsvollstreckung (BGH, Beschluss vom 1. 7. 2015 – XII ZB 240/14)	43
38	Zur Rechts- und Parteifähigkeit einer gelöschten Gesellschaft; Zur Löschung einer vermögenslosen Gesellschaft nach § 394 Abs. 1 FamFG (BGH, Beschluss vom 20. 5. 2015 – VII 53/13)	48
53	Kein Anspruch auf Löschungsbewilligung für eine wertlose Zwangssicherungshypothek bei freihändigem Verkauf im Insolvenzverfahren; Zum Rechtsmissbrauch im Vollstreckungsverfahren (BGH, Urteil vom 30. 4. 2015 – IX ZR 301/13)	59
80	Zur Insolvenzfähigkeit eines vor Insolvenzeröffnung gepfändeten und nach Ende des Insolvenzverfahrens entstehenden Anspruchs aus einer Direktversicherung; Zur Pfändbarkeit einer zukünftigen Forderung (BGH, Beschluss vom 11. 12. 2014 – IX ZB 69/12)	61
101	Zur Glaubhaftmachung von Forderungen und eines Insolvenzgrundes in einem behördlichen Insolvenzantrag; Zur Vorlage eines Unpfändbarkeitsprotokolls (BGH, Beschluss vom 12. 7. 2012 – IX ZB 264/11)	63
102	Zu den Darlegungsanforderungen bei der Anmeldung zur Insolvenztabelle von Forderungen aus vorsätzlich begangenen unerlaubten Handlungen; Zur Bestimmtheit dieser Forderungen (BGH, Urteil vom 9. 1. 2014 – IX ZR 103/13)	68
128	Zur Einbeziehung des Rechtsinstituts der öffentlichen Grundstückslast in den europarechtlichen Begriff des dinglichen Rechts; Zu den Rechtsfolgen der europarechtlichen Klärung für die Rechtsbeschwerde (BGH, Beschluss vom 12. 3. 2015 – V ZB 41/14)	81
152	Zur Kenntnis des Anfechtungsgegners von der Zahlungsunfähigkeit des Schuldners bei schleppenden Teilzahlungen und einer geringen Gesamtforderung; Zur objektiven Gläubigerbenachteiligung (BGH, Urteil vom 30. 4. 2015 – IX ZR 149/14)	93
181	Zur Angabe der richtigen Gläubigerbezeichnung in einem Ersuchen auf Vollstreckungshilfe an den Gerichtsvollzieher; Zum Siegel- und Unterschriftserfordernis (BGH, Beschluss vom 11. 6. 2015 – I ZB 64/14)	105
245	Zu den Voraussetzungen zur Einholung von Drittauskünften, Zum Zweck von Fremdauskünften; Zu den Tatbestandsvoraussetzungen des § 802 I Abs. 1 ZPO (BGH, Beschluss vom 22. 1. 2015 – I ZB 77/14)	114
247	Zur Grundstücksvollstreckung gegen eine durch einen Gesellschaftertod aufgelöste GbR (BGH, Beschluss vom 19. 11. 2015 – V ZB 201/14)	129
248	Zur Aufrechnung einer Masseforderung eines Insolvenzverfahrens gegen eine Tabellenforderung eines anderen Insolvenzverfahrens; Zur Zweckwidrigkeit einer Aufrechnung (BGH, Urteil vom 8. 5. 2014 – IX ZR 118/12)	133
278		

Zur Anfechtbarkeit einer Zahlung von Geldstrafe im Wege der insolvenzrechtlichen Vorsatzanfechtung; Zur Kenntnis des Anfechtungsgegners von der Benachteiligungsabsicht des Schuldners BGH, Urteil vom 10. 7. 2014 – IX ZR 280/13 – Mit einer Anmerkung der Schriftleitung –		Erneute Vermögensauskunft nach Wohnungswechsel des Schuldners auch innerhalb der Zweijahresfrist AG Leipzig, Beschluss vom 4. 8. 2015 – 434 M 15064/15	285
Zu den Festsetzungsmaßstäben für das geringste Gebot und das Bargebot; Zum Rangklassensystem BGH, Beschluss vom 29. 10. 2015 – V ZB 65/15	160	Rechtsfolgen fehlender Unterlagen und damit unvollständiger Angaben im Vermögensauskunftstermin; Zur Anwendung des § 802 i Abs. 3 Satz 1 ZPO auf die Fallgestaltung AG Essen-Borbeck, Beschluss vom 20. 10. 2015 – 17 M 1511/15	286
Beschränkung der Befugnis für Versagungsanträge zur Restschuldbefreiung ausschließlich auf Tabellengläubiger BGH, Beschluss vom 20. 11. 2014 – IX ZB 56/13	163	<b>2. Verwaltungsgerichte</b>	
Beauftragung eines Gerichtsvollziehers zur Durchführung einer Vermögensauskunft in der Verwaltungsvollstreckung NRW LG Detmold, Beschluss vom 1. 8. 2014 – 3 T 108/14	166	Zum Erlass eines Duldungsbescheides wegen einer dinglichen Abgabenschuld, die auch Insolvenzforderung ist; Zur spezifischen Bedeutung des § 52 InsO VG Düsseldorf, Urteil vom 22. 4. 2015 – 5 K 8185/14	19
Naturalunterhalt des Ehepartners des Schuldners als eigene Einkünfte der unterhaltsberechtigten Kinder; Zur Billigkeitsentscheidung gem. § 850c Abs. 4 ZPO BGH, Beschluss vom 16. 4. 2015 – IX ZB 41/14 – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann –	183	Festlegung der Vollstreckungsmaßnahme gem. § 169 Abs. 1 Satz 2 VwGO; Zur inhaltlichen Bestimmtheit eines Vollstreckungsersuchens bei Inanspruchnahme einer Vollstreckungsbehörde BayVGH, Beschluss vom 25. 10. 2013 – 4 C 13.1830	64
Zur Angabe der richtigen Gläubigerbezeichnung in einem Ersuchen auf Vollstreckungshilfe an den Gerichtsvollzieher; Zu den formellen Voraussetzungen an ein Vollstreckungsersuchen gem. § 15a Abs. 3 und 4 LVwVG BW BGH, Beschluss vom 8. 10. 2015 – VII ZB 11/15	187	Zum Schicksal von steuerlichen Neufestsetzungen bei der Abgrenzung von laufenden Beträgen wiederkehrender Leistungen im Zwangsverwaltungsverfahren; Zur Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlagnahme OVG NRW, Urteil vom 9. 8. 2012 – 14 A 2640/09	66
Zur Aussetzung eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses ohne Einverständnis des Drittschuldners; Zur fehlenden gesetzlichen Grundlage BGH, Beschluss vom 2. 12. 2015 – VII ZB 42/14 – Mit einer Anmerkung von Hans-Jürgen Glotzbach –	232	Zum Verwaltungsrechtsschutz bei einer beantragten Einstellung der Zwangsvollstreckung; Zur Beauftragung des Gerichtsvollziehers VG Dresden, Beschluss vom 11. 12. 2014 – 2 L 240/14	84
Zur Abgabe der Vermögensauskunft durch eine vorsorgevollmächtigte Person; Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung von verfahrensunfähigen Schuldern AG Berlin-Schöneberg, Beschluss vom 21. 8. 2014 – 31 M 8063/14	235	Zur Bedeutung der Insolvenzeröffnung für ein noch nicht abgeschlossenes Gewerbeuntersagungsverfahren; Zum Regelungszusammenhang von § 35 Abs. 1 und 6 GewO; Zur Bedeutung des Wiedergestattungsverfahrens im insolvenzrechtlichen Sanierungsverfahren BVerwG, Urteil vom 15. 4. 2015 – 8 C 6.14	89
Zur Zulässigkeit eines Versagungsantrags auf Restschuldbefreiung durch Gläubiger von bestrittenen Insolvenzforderungen BGH, Beschluss vom 10. 9. 2015 – IX ZB 9/15	237	Vollstreckung von Rundfunkbeiträgen in Hessen; Zum Vollstreckungsersuchen als interbehördlicher Auftrag VG Wiesbaden, Beschluss vom 6. 7. 2015 – 5 L 702/15	112
Keine Kompetenz des Gerichtsvollziehers zur Anordnung und Eintragung eines Schuldners in das Schuldnerverzeichnis im Rahmen des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens NRW LG Bonn, Beschluss vom 22. 2. 2016 – 4 T 32/16	239	Steuerliche Haftung des GmbH-Geschäftsführers bei pflichtwidriger Verletzung der Mittelvorsorgepflicht; Insolvenz und Haftung OVG NRW, Beschluss vom 12. 5. 2015 – 14 B 393/15	117
Zuständigkeit zur Abnahme des Vermögensauskunftsverfahrens gegen eine juristische Person in der ZPO-Vollstreckung AG Hamburg, Beschluss vom 11. 6. 2014 – 29 a M 559/14	251	Ungeeignetheit der Ersatzzwangshaft bei unbekanntem Aufenthalt des Pflichtigen; Zur Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit VG Weimar, Beschluss vom 12. 9. 2012 – 1 V 326/12 We	118
Anfechtung einer Steuerzahlung im Rahmen einer Vorsatzanfechtung; Zur Rechtshandlung der Zahlung durch Überweisung LG Siegen, Urteil vom 26. 6. 2015 – 2 O 314/13	256	Rechtsmittel gegen Vollstreckungsverfügungen im verwaltungsgerichtlichen Vollstreckungsverfahren; Zur Beachtung des Mahnerfordernisses SächsOVG, Beschluss vom 14. 4. 2014 – 5 E 103/12	131
Kraftloserklärung eines Sparbuches; Antragsberechtigung der Vollstreckungsbehörde als Vollstreckungsgläubigerin; Unbekannter Aufenthalt – erforderliche Aufenthaltsermittlung OLG Karlsruhe, Beschluss vom 20. 11. 2014 – 14 Wx 60/14	257	Zur persönlichen Beitragspflicht einer GbR; Keine persönliche Beitragspflicht des GbR-Gesellschafters Thür.OVG, Beschluss vom 10. 4. 2013 – 4 ZKO 866/12	136
Rechtsanwaltskosten als notwendige Vollstreckungskosten einer Behörde in der ZPO-Vollstreckung; Zur Erstattung solcher Kosten AG Osnabrück, Beschluss vom 7. 4. 2015 – 64 M 88/15	282	Überschreiten der Höchstgrenze bei mehreren Zwangsgeldfestsetzungen; Kein Kumulierungsverbot Hess.VGH, Beschluss vom 28. 1. 2014 – 6 A 1875/13.Z	137
	283	Zur Interessenabwägung in einem Aussetzungsverfahren mit offener Erfolgsaussicht hinsichtlich der Vollziehbarkeit festgesetzter Zwangsgelder; Zum irreparablen Schaden OVG Saarlouis, Beschluss vom 2. 5. 2014 – 2 B 225/14	138

Anforderungen an die Ermessensentscheidung im Rahmen eines behördlichen Insolvenzantrags; Zur doppelten Rechtsschutzmöglichkeit des Insolvenzschuldners  
VG Ansbach, Beschluss vom 22. 10. 2015 – AN 11 E 15.01.794

157

Zum verjährungsunterbrechenden Begriff der Vollstreckungsmaßnahme im Vollstreckungsaußendienst  
OVG NRW, Beschluss vom 16. 10. 2014 – 14 A 1098/14

185

Informationsanspruch des Insolvenzverwalters aus dem behördlichen Besteuerungsverfahren des Insolvenzschuldners; Steuergeheimnis nach § 30 AO steht der Offenbarung steuerlicher Informationen regelmäßig nicht entgegen

OVG NRW, Urteil vom 24. 11. 2015 – 8 A 1032/14

199

Dienstentfernung eines beamteten kommunalen Kassenverwalters wegen Veruntreuung von Bargeld; Zur unverschuldeten ausgeweglosen wirtschaftlichen Notlage  
VG Trier, Urteil vom 22. 12. 2015 – 3 K 1995/15.TR

209

Zum Schicksal von verrenteten KAG-Beiträgen als öffentliche Last im Zwangsversteigerungsverfahren; Verrentete KAG-Beiträge als wiederkehrende Leistungen gem. § 10 Abs. 1 Nr. 3 ZVG

SächsOVG, Urteil vom 26. 6. 2015 – 5 A 706/13

228

Zur Behandlung wiederkehrender Beiträge im Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren; Zur Bedeutung der jährlichen Entstehung

OVG Thüringen, Beschluss vom 30. 4. 2015 – 4 EO 52/15

251

Zu den Übergangswirkungen gesetzlicher Neuregelungen zur dinglichen Absicherung grundstücksbezogener Benutzungsgebühren; Zum Vertrauensschutz

OVG NRW, Urteil vom 11. 11. 2015 – 9 A 916/14

254

Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch als Insolvenzforderung; Zur insolvenzrechtlichen Begründetheit eines öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs in Abgrenzung zur Entstehung eines öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs

BVerwG, Urteil vom 26. 2. 2015 – 3 C 8/14

260

Festsetzung eines neuen Zwangsgeldes vor Beitreibung des alten; Zur Ermessensfehlerhaftigkeit eines erneut festgesetzten Zwangsgeldes

OVG NRW, Beschluss vom 23. 6. 2015 – 7 B 351/15

283

### 3. Finanzgerichte

Zur Rechtmäßigkeit eines behördlichen Insolvenzantrags; Zur Anordnung der Rücknahme des Insolvenzantrags im einstweiligen Rechtsschutz

FG München, Beschluss vom 9. 11. 2012 – 7 V 3251/12

64

Anfechtung einer Pfändungs- und Einziehungsverfügung und einer hierzu ergangenen behördlichen Anordnung im finanzgerichtlichen Aussetzungsverfahren; Zum Meinungsbild in der ZPO-Rechtsprechung und in der Literatur

Niedersächs. FG, Beschluss vom 2. 2. 2015 – 15 V 207/14

86

Erlass von Säumniszuschlägen bei zu Unrecht versagter Aussetzung der Vollziehung; Erlass von Säumniszuschlägen aus sachlichen Billigkeitsgründen; Zum Erlassumfang  
BFH, Urteil vom 24. 4. 2014 – V R 52/13

165

Vollstreckung gegen den KFZ-Halter wegen Nichterteilung einer Lenkerakunft; Zum Verstoß des Vollstreckungsersuchens gegen grundlegende Rechtsprinzipien des Vollstreckungsstaates; Zum Verweis auf die Halterhaftung  
FG München, Urteil vom 10. 10. 2013 – 10 K 2217/13

183

## Verbandsnachrichten

Der Internetauftritt des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e. V.

71

Landesarbeitstagung in Sindelfingen

119

Landesarbeitstagung in Hessen

141

Landesarbeitstagung in Ingolstadt

189

## Neuerscheinungen

Kleile, Handbuch Internetrecherche

Personen – Firmen – Verantwortlichkeiten für Webseiten

24

Erdmann/Adam/Gräf/Kahl/Liese, Kommunale Finanzwirtschaft im Land Brandenburg

72

Palm, Konzeptionelle und steuerliche Probleme einer Sanierung im Insolvenzverfahren – Kritische Analyse des Status quo sowie der Fortentwicklungsperspektiven

96

Böttcher/Keller, ZVG – Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung

96

Wysk (Hg.), Verwaltungsgerichtsordnung

120

Stöber, Zwangsversteigerungsgesetz

144

Kayser/Thole (Hg.), Insolvenzordnung – Heidelberger Kommentar

168

Weyand/Diversy, Insolvenzdelikte

192

Junkernheinrich/Korioth/Lenk/Scheller/Woisin (Hg.), Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2-2016

216

AO-Handbuch 2016

216

Haarmeyer/Hintzen, Zwangsverwaltung

240

Kopp/Ramsauer, Verwaltungsverfahrensgesetz

264

Schenke (Hg.), Verwaltungsgerichtsordnung

288

# Alphabetisches Stichwortverzeichnis

<b>A</b>					
<b>Amts- und Rechtshilfeabkommen</b>		Nachfolgeklausel	129	Eigentümerhypothek	179
Nichterteilung der Lenkeraskunft	183	persönliche Beitragspflicht	136	Eigentümerrecht, Pfändung	197
Rechtsprinzip	183	Sachkompetenz der Widerspruchsbehörde	136	Entstehung von ...	177
Verstoß gegen Schweigerecht	183	Vollstreckung nach Tod eines Gesellschafters	129	– Rechtsübergang auf Eigentümer	178
Verstoß gegen Vollstreckungsersuchen	183	Zustellung des Titels	129	– Rückgewähranspruch	178
Vertrag zwischen BRD und Republik Österreich	183	<b>Bundesvorstand</b>		– Voraussetzungen	177
Vollstreckung gegen KFZ-Halter	183	Berichte aus den Ausschüssen	26	Geltendmachung des Grundpfandrechts	197
Zeugnisverweigerungsrecht	183	Geschäftsbericht	25	Grundbuchauszug, Abt. III	197
<b>Auszahlung an Dritte</b>		Grußwort des Bundesvorsitzenden	1	Hypothekenbrief	197
Ansprüche aus Steuerschuldverhältnis	102	<b>D</b>		löschungsfähige Quittung	197
Bevollmächtigter	104	<b>Dienstaufsichtsverfahren</b>		Nachweis der gesetzlichen Duldungspflicht des Bescheids	198
Erstattungsansprüche	102	Ausnahmesituation, psychische	209	Nachweis über Eigentümerrecht	197
Erstattungsberichtigte	102	Bargeldunterschlagung	209	Pfändung einer offenen/verdeckten Eigentümergrundschuld	197
fehlende formlose Abtretung	102	Dienstentfernung	209	Pfändung und Verwertung	196
fehlende Verpfändung	102	Dienstvergehen, schweres	209	Pfändung von Grundpfandrechten	177
Inkassovollmacht, Widerruf	104	Kassenleiter	209	Pfändung von Grundschulden	179
Leistungsempfänger	104	Milderungsgründe	209	Pfändung von Hypotheken	177
Rückforderungsanspruch	104	Offenbarung, freiwillige	209	Teilpfändung von Hypotheken	179
Verfügung der OFD Frankfurt	102	Schuldfähigkeit, verminderte	209	Vollstreckbarkeitsbescheinigung	197
Verrechnungsvertrag	104	Wirtschaftsnotlage	209	Vollstreckungsunterwerfung	198
– Form	104	Zugriffsdelikt, disziplinarrechtliches	209	Zeitpunkt der Pfändungseintragung vor Versteigerung	197
– keine Vorrangstellung	104	<b>Duldungsbescheid</b>		zivilrechtlicher Titel für Zwangsversteigerung	198
– keine Verpflichtung zur Annahme	104	Benutzungsgebühren, keine persönliche Haftung	254	zivilrechtlicher Titel nicht für Verwaltungsvollstreckung	198
– Rechtsbehelfsmöglichkeiten	104	dingliche Abgabenschuld	19	Zwangssicherungshypothek	196
– Rückforderungsanspruch bei Änderung der Steuer	104	dingliche Absicherung für Benutzungsgebühren	254	Zwangsversteigerung	197
– Widerruf	104	Duldung zur Vollstreckung	254	<b>Einzel- und Gesamtvollstreckung</b>	
Zahlungsanweisung	102	Forderungsübergang nach Erlösbefriedigung	19	Abtretungs- und Verpfändungsrechte entfallen	273
– Form	103	grundstücksbezogene Benutzungsgebühren	254	Einkommen, unpfändbares	273
– keine Verpflichtung zur Annahme v. Zahlungsanweisung	103	Insolvenzforderungen	19	Erhöhung des unpfändbaren Betrages	277
– keine Vorrangstellung	103	Subsidiarität des Duldungsschuldners	19	– auf Antrag	277
– Rechtsbehelfsmöglichkeiten	103	Vermögen des Erstschuldners	19	– außergewöhnliche Belastungen, Krankheitskosten	277
– Rückforderungsanspruch bei Änderung der Steuer	104	<b>E</b>		– besonderer Bedarf und Umfang gesetzlicher Unterhaltspflicht	277
– Widerruf	103	<b>Eigentümergrundpfandrechte</b>		– Härtefallregelung, § 850f ZPO	277
<b>B</b>		Akzessorietät der Hypothek	178	Errechnung des unpfändbaren Grundbetrages	275
<b>BGB-Gesellschaft</b>		Briefhypothek	179	Härteschutz	277
Adressaten durch Widerspruchsbescheid	136	Buchhypothek	179	massezugehöriges Einkommen	274
Bestehen bis Liquidationsabschluss	129	dinglicher Vollstreckungstitel	198	Neuerwerb	273
... als Beitragsschuldner	136	Duldungsbescheid oder Duldungsklage	197		
... als Eigentümer	129/136	Duldungspflicht	178		
Fortbestehen der ...	129	Eigentümergrundschuld	180		



<b>Gläubigerausschuss</b>		Grundlagen und haftungsrechtliche Aspekte	73	Rückstellungen	117
Abweichen vom Stundensatz	150	Haftung des faktischen Geschäftsführers	74	steuerliche Haftung	117
Aufgaben des Vor-vorläufigen	124	Haftung des „Nichtgeschäftsführers“	74		
– Mitwirkungs-, Kontroll- und Aufsichtspflicht	124	Handlungsorgane	73	<b>I</b>	
Auslagen des Gläubigerausschusses	152	– Gesellschafter und Geschäftsführer	73	<b>Insolvenz</b>	
Auswahl der Mitglieder	126	Interimsgeschäftsführer	74	Änderungen des AnfG	8
– juristische Personen	126	– Übertragung von Managementaufgaben	74	Anfechtung	5
– natürliche Personen	126	klassischer Geschäftsführer	73	Anfechtung einer Steuerzahlung	257
Beginn und Ende	123	Löschung	48	Anfechtungsfrist nach § 133 Abs. 2 InsO	7
Betrachtung vergütungsrechtlicher Bestimmungen	123	Notgeschäftsführer	73	Anlass für Änderung	5
endgültiger Gläubigerausschuss durch -versammlung	125	– Bestellung nicht von Amts wegen	73	Anordnung der Rücknahme	64
Entlassung	125	Parteifähigkeit	48	Anordnungsgrund	157
ESUG als zeitliche Rechtsgrundlage	124	Rechtsfähigkeitsverlust	48	Antragstellung, erleichterte	5
fakultativer/vorläufiger ...	123	Vermögen, verwertbares	48	Anwendung der EulnsVO bezügl. öffentl. Last	81
Festsetzungsverfahren der Vergütung	151	Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers	73	Anwendung des § 826 BGB	260
– Beschwerde	151	<b>grundstücksbezogene Benutzungsgebühren</b>		– Folgen der Rechtsverfolgung	81
– Gerichtszuständigkeit	151	Befriedungsaussichten, gute	222	Aufrechnung durch Insolvenzverwalter	133
– Grundsätze wie beim Insolvenzverwalter	151	Forderung mit Privileg	224	Aufrechnung einer Masse- mit Insolvenzforderung	133
Funktion	123	Grundpfandrechte	222	Auskunftsbegehren, rechtliche Einordnung	199
gesetzliche Regelung	123	grundstücksbezogene Forderungen	222	Auskunftsrecht des Insolvenzverwalters, unbeschränkt	199
Gläubigerversammlung	123	Haftung des betr. Grundstücks	222	Bedeutung der Insolvenzeröffnung	89
Haftung der Personen	125	Landesregelung	222	Begriff des Forderungsgrundes	68
Mitarbeiter	123	öffentliche Last	222	Begründetheit	260
Organ, selbstständiges	125	Rechtsgrundlage für öffentliche Lasten	222	Behördliches Ermessen	64
Prüfung der gewählten Personen	125	Rechtsprechung	222	Behördlicher Insolvenzantrag	64
Prüfungsperson	126	Rolle der Abgabensatzung	224	Benachteiligungsabsicht, Indizien	15
Schlussprüfung durch Sachverständigen	126	– Grundstück haftet für Forderung	224	Benachteiligungsvorsatz des Schuldners	160
Sonderfall der Vergütung	151	– Haftung Eigentümer oder sonstiger Berechtigter	224	Besteuerungsverfahren, amtliches	199
Übersicht über vorl. Ausschüsse	126	– Mustersatzung	224	Darlegung des Insolvenzgrundes	157
Vergütung	126	Sinn und Zweck der Gebühr	224	Darlegung des objektiven u. subjektiven Deliktstatbestands	68
– Regelvergütungsform	127	Übersicht der landesrechtlichen Bestimmungen	223	Direktivversicherungsansprüche	61
– Vergütungsfragen	127	Voraussetzungen dafür, Gesetz und Satzung	224	drohende Zahlungseinstellung	257
vorläufiger ...	124	Vorrecht in der Zwangsversteigerung	222	Duldungsbescheid, dingl. Abgabe	19
vor-vorläufiger ...	151	Vorrechtverlust, § 10 Abs. 1 Nr. 3 ZVG	222	Einzel-Gesamtvollstreckung (s. a. oben)	273
– Betriebsfortführung, Eigenverwaltung	151			Entstehen eines öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs	260
– Sondervergütung	151			Ergänzung des § 142 InsO	7
Wahl des Gläubigerausschusses	125			Ermessensausübung	157
Wann ist ein ... sinnvoll?	126			Ermessensentscheidung beim Insolvenzantrag	157
				Erstattungsanspruch, öffentlich-rechtlicher	260
<b>GmbH</b>		<b>H</b>		Feststellung der Zahlungseinstellung	257
Bestellung des Geschäftsführers	73	<b>Haftung</b>		Forderungen aus vorsätzlich unerlaubten Handlungen	68
– unbeschränkt geschäftsfähige Person	73	Eintritt der Insolvenzreife	117	Forderungspfändung vor Insolvenzeröffnung	61
Eintragung ins Handelsregister	73	GmbH-Geschäftsführer	117		
– keine konstitutive Wirkung	73	Haftung der GmbH-Geschäftsführer (s. o. GmbH)	73 ff.		
– Rechtsscheingrundsatz und Gutglaubensregeln	73	Mittelvorsorge, pflichtwidrige Verletzung	117		
faktische Geschäftsführer	74				
Gesellschaftsvertrag	73				





## Ö

### öffentliche Grundstückslast

Abgrenzung einmaliger und wiederkehrender Leistungen	228
Erlöschenssituation öffentlicher Baulasten	228
Fälligkeit einer Rentenleistung nach Zuschlag	228
KAG-Beiträge als	228
Rechtsfolgen verspätet angemeldeter Grundstückslasten	228
Schicksal von Rentenleistungen	228
verrentete KAG-Beiträge	228
wiederkehrende Forderung	228

## P

### Pfändungs- und Überweisungsbeschluss

Aussetzung	235
Beibehaltung der Verstrickung	235
einstweilige Einstellung	235
einstweiliger Verzicht auf Wirkung der Pfändung	235
Einverständnis	235
Gläubiger, nachrangige	235
ohne Einverständnis des Drittschuldners	235
Ratenzahlungsvereinbarung	235
Ruhestellung der Zwangsvollstreckung	235

## R

### Rechtsbehelf

Anfechtung einer Pfändungs- und Einziehungsverfügung	86
Anordnung im finanzgerichtlichen Aussetzungsverfahren	86
Beschwer einer unterhaltsberechtigten Person	86
Beschwerde gegen	131
Erinnerung	131
gerichtliche Anhörung des Schuldners	131
Klagebefugnis mittelbar betroffener Personen	86
Mahnerfordernis	131
Qualifizierung des Vollstreckungsaktes	131
Rechtsschutz bei Sicherungszwangshypothek	131
verfassungsrechtliche Erwägungen	86
Vollstreckungsmaßnahmen zulässiger Grundbucheintrag	131

### Rechtsprechung des BGH zur ZPO-Zwangsvollstreckung

Anspruch eines Hafenslotsen	173
– Drittschuldner	173

– freie nicht gewerbliche Tätigkeit	173
– Seeverwaltung des Hafenswesens	173
Arbeitseinkommenspfändung	174
– Anwendung des § 850d ZPO auf Unterhaltskasse	174
– Pfändungsfreibetrag	175
– privilegierte Pfändung	174
– unterhaltsberechtigter Kinder	175
– Unterhaltsverlangen	174
– Unterhaltsvorschusskasse	174
Drittschuldnerbezeichnung	174
– Angaben über Vertreter des	174
– Zustellung des Pfändungsbeschlusses	174
Eigengeld eines Strafgefangenen	173
– Arbeitsentgelt	173
– Aufbau des Überbrückungsgeldes	173
– Gefangenengeld	174
– Hausgeld, unpfändbar zu 4/7	173
– Kindesunterhalt	173
– Pfändungsgläubiger	174
– Pfändungsgrenzen	174
– Pfändungsschutzvorschriften	173
– Sach- und Geldleistungen für Lebensunterhalt	174
– Schutzvorschriften	174
– Selbstbehalt	173
– Strafvollzugsrecht	173
– Überbrückungsgeld	173
– Unterhalt, notwendiger	173
– Vorrang des Unterhaltsgläubigers	173
Existenzgrundlage	173
– Abschlagszahlungen	173
– freie nicht gewerbliche Tätigkeit	173
– Lotsengelder, erwirtschaftete	173
Formularzwang	174
– Anlage möglich	174
– Antrag auf Pfändungs- und Überweisungsbeschluss	174
– Eintragungsmöglichkeiten	174
– Verbindlichkeit	174
Fortsetzung der Zwangsvollstreckung	149
– nach Befriedigung oder Stundung	149
– Vollstreckungsgegenklage	149
Heilung von unwirksamen Zustellungen	146
– gesetzlicher Vertreter	146
– prozessunfähige Personen	146
– Regelung des Gesetzgebers	146
– Widerspruch gegen Mahnbescheid	146
– Wirkung ex tunc	146

keine Nichtzulassungsbeschwerde	145
– Rechtsbeschwerde nur durch zugelassenen RA	145
– Zulassung nur durch Beschwerdegericht	145
Kosten der Zwangsvollstreckung	149
– Kostenfestsetzungsbeschluss, zurückgewiesen	149
– Räumungskosten, keine Anwendung v. § 788I ZPO	149
nachträgliche Ratenzahlungsvereinbarung	172
– Angriffs- und Verteidigungsmittel	173
– Eintragungshindernis	172
– Eintragung von Amts wegen	172
– Hindernis für Eintragung	172
– keine Einigung über Nichteintragung	172
– Kreditwürdigkeit	172
– Rechtsbeschwerde, erfolgreiche	172
– Ruhen des Verfahrens	172
– Schutz des Geschäftsverkehrs	172
– Stundung- oder Stillhalteabkommen	172
– Vereinbarung Gläubiger-Schuldner	172
– Widerspruch des Schuldners gegen Eintragung	172
– Wirkung der drohenden Eintragung	172
– Zahlungsplan	172
– Zeitpunkt über Widerspruchsentscheidung	173
Naturalunterhalt	175/187
– Aufteilung des Kindesunterhalts zwischen Eltern	175/187
– Billigkeitsentscheidung	175/187
– Eigeneinkommen	175/187
– Minderung der Unterhaltspflicht	175/187
– Teil des pfändbaren Einkommens	175/187
Nichtzulassungsbeschwerde	145
– Unterlassung der Rüge	145
– Verletzung des Grundrechts	145
Pfändungsschutzkonto	175
– allgemeine Geschäftsbedingungen	175
– Entziehung des Dispokredits, unzulässig	175
– Rückwandlung	175
Pfändungsschutz bei Altersrente	176
– Anwendung des § 851c ZPO	176
– Insolvenzbeschluss	176
– Kündigungsverlangen	176
– pfändungsgeschützte Rente	176

– Umwandlung der Lebensversicherung	176	– Anforderung nach § 15a LVwVG BW	172	– Grundrechtseingriff nur durch Gericht	148
– Verwaltungs- u. Verfügungsbefugnis des Insolvenzverwalters	176	– Anschrift, Rechtsform und Vertretungsverhältnis	170	– Rechtsschutz bei Anordnung	148
– Wahlrecht	176	– Auftrag mithilfe automatischer Einrichtung	170	– Rechtsschutz nach vollzogener Zwangsvollstreckung	148
Pfändungschutz für sonstige Vergütungen	175	– Beitragsservice, Inkasso	171	Zustellungen	145
– Einkünfte aus Untervermietung	175	– Beschwerdegericht	171	– Anwesenheit und Annahmefähigkeit	146
– Lebensunterhalt, Sicherung	175	– Beitragsentstehung kraft Gesetzes	170	– Ersatzzustellung, wirksame	145
– Schuldner, nicht erwerbstätiger	175	– Festsetzungsbescheide	171	– Versäumnisurteil zur Fristeinhaltung	146
– Vollstreckungsschutzantrag	175	– Gläubiger	170	– widerspruchslöse Entgegennahme	145
– Untermietzinszahlungen, § 850i ZPO	175	– gütlicher Erledigungsauftrag, isolierter	170	Zustellung Anwalt zu Anwalt	146
Rechtsbeschwerde	145	– keine Angaben über Bescheid	170	– Berufspflichtverletzung, keine	146
– Betreuungssache	145	– Kostenentfall des Rechtsbehelfsverfahrens	172	– Empfangsbereitschaft	147
– Rechtsanwalt, legitimiert	145	– Rechtsbeschwerde	171	– Empfangswille	147
– Unzulässige,	145	– Titel, fehlt	172	– keine Mitwirkungspflicht	146
– Vertretungsberechtigte Verfahrenspfleger	145	– Widerspruch des Schuldners	170	Zwangssicherungshypothek, nachrangige	147
Rechtsmittel, unzulässiges	148	– Zahlungsaufforderung, erfolglos	170	– keine Zahlung aus d. Masse an nachrangige Gläubiger	147
– Blankounterschrift	148	– Zurückweisung des Gerichtsvollziehers, unzulässige	172	– lastenfreie Veräußerung durch Insolvenzverwalter	147
– Telefax-Vorlage	148	– Zusatz, materiell wertloser Vollstreckungstitel	149	– Löschungsbewilligung, keine Verpflichtung	147
– Unterschrift, nicht eigenhändig	148	– Konkretisierungsgebot	149	– Sonderbeziehung, Schuldner – Gläubiger	147
Schuldnerverzeichnis	176	– pauschale Unterwerfungserklärungen, unwirksam	149	– Löschungspflicht, keine	147
– Abdruckerteilung	176	– Zwangsvollstreckung aus pauschaler Erklärung, unzulässig	149	– vorrangige Eintragungen	147
– Bewilligung, keine pauschale	176	Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	146	– wertausschöpfende Belastung	147
– Bezug, laufender	176	– Anforderung an Unterschrift	146	– wirtschaftlicher Nachteil für Käufer	147
– Datenbank	176	– Merkmale, individuelle, charakteristische Merkmale	146	– zwecklose Pfändung, keine sinnlose	147
– keine gesetzliche Grundlage	177	– Schriftzug, gerichtliche nicht beanstandet	146	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	177
– Mitteilung über Zahlungsunfähigkeit	176	– Wiedergabe des Namens	146	– anfechtungsfeste Pfändung	177
Titelumschreibung vom Land auf Kind	148	Vorläufige Aussetzung der Wirkung einer Kontopfändung	174	– Heizölkauf, keine Forderung aus unerlaubter Handlung	177
– Neutitulierung, kein Rechtsschutzbedürfnis	149	– einstweilige Aussetzung	174	– keine Insolvenzforderung	177
– Unterhaltstitel	148	– fehlendes Einverständnis	174	– unwirksames Anerkennen der Restschuldbefreiung	177
– Vorschussleistungen	149	– Fremdpfändung	174	– nicht durch Geschäftsbedingungen möglich	177
Unterschrift auf eingescannte Schriftstücke	147	– Gläubigerwiderruf	174	– zugesagter Kredit	177
– Handschriftlich unterzeichnete PDF-Datei	147	– kein Anspruch	174	– Zug-Um-Zug Forderungen	177
Vergleich im schriftlichen Verfahren	148	– Ratenzahlung	174	<b>Restschuldbefreiung</b>	
– Schriftlich von beiden Parteien	148	Vorrang des Beitreibungsrechts des RA	174	Antrag auf Versagung	128/166
Vollstreckung aus Grundschild	150	– Beitreibungsrecht des beigeordneten RA	174	Antragsberechtigter	39
– Löschungsbewilligung, erteilte	150	– Kostenerstattungsanspruch	174	anwendbare Vorschriften	53
– unzulässige Vollstreckung	150	– Prozesskostenhilfverfahren	174	Auskunftsverweigerung d. Insolvenzschuldners	128
– Vereinbarung über Neuaufleben der Grundschild	150	Wohnungsdurchsuchung	148	Beispiele zur Versagung	38
Vollstreckungsauftrag der Gerichtskasse, §§ 802 ff. ZPO	169	– Anhörung vor Erlass	148	einzelne Bestimmungen von § 293 InsO	53
– Auftrag ersetzt Schuldtitel	169	– gerichtliche Überprüfung	148	– Beispiele	53 ff.
– Schriftlicher Auftrag	169			Glaubhaftmachung einer Beeinträchtigung	128
– Formmangel	169				
– keine rückwirkende Heilung	169				
– Inhalt des Auftrags	169				
Vollstreckungsersuchen einer Rundfunkanstalt	170				



Folgen der fehlenden Erklärung gegenüber dem FA	99	– Gesamtvermögen unbeweglich/beweglich	3	– Unerlaubte Handlung	4
Fortschreibung der Nutzungsanteile	268	– Kostenfreiheit bei GV-Auftrag	3	Übergangene Ansprüche	3
Grenzen für Ausnahmen durch Finanzamt	100	– Mittelverwendung der Schuldner	4	– übergeleitete Unterhaltsansprüche	2
Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit	98	– Rückstände älter als ein Jahr	4	– Verjährung	3
Grundsystematik des Umsatzsteuerrechts	97	– übergeleitete Ansprüche	3	Unterhaltspfändung, Darlegungs- und Beweislast	12
Handlungsbedarf in 2016	98	– unterhalb der Pfändungsgrenze	3	Unterhaltsvorschuss-/Unterhaltsausfallleistungen	2
Inkrafttreten der neuen Regelungen	97	– Verhältnis ZPO zu UVG	4	Verjährung nach BGB	2
Investitionen	98	– Vollstreckungserinnerung	4	– Hemmung der Kind/Eltern	2
juristische Personen des öffentlichen Rechts	97	Forderungsübergang	12	– titulierte Ansprüche	2
Komplexbeispiel	268	Insolvenz des Leistungspflichtigen	4	– Verwirkung	2
Korrektur wegen Kosten oder Nutzungsdauer	268	– Anmeldung zur Insolvenztabelle	27	Vollstreckung	3
Lieferung und Leistung	266	– Betrag und Grund der Forderung	27	– Geldforderungen	3
Nachprüfung	98	– Begründete Forderungen	4	– Handlungen/Unterlassungen	3
Neuregelung	97	– Einordnung der Forderung	4	– Zwangsmittel	3
Nutzung der Option, § 27 Abs. 22 UStG	268	– Einzelvollstreckungsverbot f. Insolvenzforderungen	27	Vollstreckungskonkurrenz	12
Optimierung der Organisation	99	– Eröffnungsbeschluss maßgebend für Forderung	27		
Schaubild aus den nachträglichen Anschaffungskosten	272	– Forderungsberechnung, Kosten, Zinsen	27	<b>V</b>	
Schaubild der Nutzungsanteile im Berichtigungszeitraum	270-272	– Gläubigergleichbehandlungsgrundsatz	27	<b>Verbandsnachrichten</b>	
Schaubild Vorsteuerabzug aus Unterhalt und Betrieb	269	– Haftungsmasse/Befriedungssubstrat	27	Internetauftritt des Fachverbandes	71
Schaubild Vorsteuerabzug bei Erwerb	269	– Masseverbindlichkeiten	5	LAT Baden-Württemberg	119
Schaubild zu Berichtigungsfällen	268	– Neugläubiger, privilegierte	5	LAT Bayern	189
Umsatzsteuerpflicht, Vorteile	98	– Neuverbindlichkeiten	5	LAT Hessen	141
Vermietung und Verpachtung	98	– Persönliche Ansprüche, trotz Insolvenz	5	<b>Verjährung</b>	181
Vorsteuer bei Schaden durch Nutzung	270	– Restschuldbefreiung	28	Aspekt der Erstattung	182
Vorsteuerabzug	265	– Regelung bis 30. 6. 2014	28	Ausgangspunkt	181
– Anforderungen an Rechnung nach § 14, 14a UStG	265	– Verfahren ab 1. 7. 2014	28	Behandlung verjährter Ansprüche	181
– korrespondiert mit Umsatzsteuer	265	– keine Befreiung aber Anmeldung nach § 174 Abs. 2	29	Erlöschen des Anspruches	181/182
– Rechtsprechung des BFH	265	– Gläubignachweis	29	fehlende Durchsetzbarkeit	182
– Vor- und Nachteile	265	– objektive und subjektive Voraussetzungen	29	fehlende gesetzliche Regelungen	181
– Voraussetzungen	265	– Tatsachennachweis	29	Folgen der Verjährung	181
Vorsteuerabzugspotenziale	98	– Titulierung d. Tabelleneintrags	30	Kriterien einer Vollstreckungsmaßnahme	185
Zuordnung von Eingangsumsätzen	266	– Titulierung nicht Voraussetzung	30	Nichtantreffen des Schuldners	185
– drei Kategorien mit Schaubild	266	– Widerspruch des Insolvenzschuldners	30	Pfändungsversuch	185
Zuordnungsverbot	266	– Vollstreckung nach Verfahrensabschluss	30	Verhinderung der Durchsetzbarkeit	181
Zuständigkeit für Erfüllung steuerlicher Pflichten	99	– Beweislast beim Gläubiger	31	verjährungsunterbrechender Begriff	185
Zwanzig-Prozent-Quote – Beispiel	269	– Eintragung in Tabelle	30	vorbereitende Maßnahmen zur Vollstreckung	185
		– nicht restschuldbefreit	30	Vollstreckungsaußendienst	185
		– Schadensersatzansprüche	31	Vollstreckungsmaßnahme	185
		– Übergeleitete Unterhaltsforderungen	30	Wirkung im öffentlichen Recht	181
		– Weichenstellung	30		
<b>Unterhaltsforderungen</b>		Leistungsverweigerungsrecht	2	<b>Vermögensauskunft</b>	
Anspruchskarakter	2	Schadensersatzansprüche	3	Auftrag nach § 5 VwVG NRW	183
– Grundlegendes	2	– Pfändungsprivileg	4	Beauftragung des Gerichtsvollziehers	183
Anwendung des § 850d ZPO	12	– Unterschied § 850f Abs. 2 und § 850d Abs. 1	4	Bescheinigung der Vollstreckbarkeit	183
Bereicherungsanspruch	12			erneuter Antrag vor Sperrfrist	285
Forderungseinzug/Vollstreckung	3			Ersuchen von einem GV zu einem anderen GV	256
				fehlende Unterlagen beim Termin	285
				– Rechtsfolgen	286
				juristische Person	256

– Sitz der Schuldnerin	256	Betriebsfortführung	219	Erfordernis zur Zuziehung von Zeugen entfällt	241
Kautionsleistung	286	– Ansatz nur eines Überschusses	298	– Aufnahme der Niederschrift	241
Nichtabgabe	286	Betriebsfortführung und Vorbereitung f. Verkauf	218	– Beseitigung der rechtlichen Unsicherheit	241
Rechtshilfe	256	– komplexe Betriebsfortführung	218	– kein Schriftführer notwendig	241
Schuldnerverzeichniseintrag	286	– kritische Betrachtung notwendig	218	Erlaubnisvorbehalt	242
Terminverlegung	286	– Vorbereitung und Verkauf	218	– Vollstreckung zur Nachtzeit an Sonn- u. Feiertag	242
Umfang der Vollmacht	237	Delegation von Regel- und Sonderaufgaben	220	Ersetzung persönlicher Erklärung eines Pflichtigen	244
Unzulässigkeit der Rechtshilfe	256	– Auswirkung auf Vergütung	220	Forderungskatalog zur Pfändung	242
Verfahrensunfähigkeit, Prüfung vollstreckbarer Titel	183	– Hinweis auf Literatur wegen Sonderaufgaben	220	– deliktische Forderungen	242
vorsorgeberechtigte Person	237	Orientierung am Marktpreis	221	Formerfordernisse erleichtert	242
Wohnungswechsel	285	– eigene Wahrnehmung der Sondertätigkeit	221	– Antrag an GV	242
Zuständigkeit	256	Transparenz, wenig	218	– automatisch erstelltes Ersuchen	242
– bei auswärtigem Aufenthalt	256	– Angriffspunkte	218	– Dienstsiegel und Unterschrift entbehrlich	242
<b>Verwaltervergütung in der Insolvenz</b>		– Beweissicherung beim Vergütungsantrag	218	Sofortabnahme	242
Allgemeines	217	– fehlende Darlegung	218	– Ausweitung des Zeitrahmens	242
– Angemessenheit		Verfahrensdauer, lange	218	– Vollziehungsbeamte	242
– Festsetzung angemessener	217	– Abweichung vom Normalfall	218	– Voraussetzungen	241
– Gerichtliche Aufsicht	217	– Ansatzpunkt zu intervenieren	218	– Durchsuchungsverweigerung	241
– Preisanpassung, keine	217	– Bemessungsgrundlage für Zu- und Abschläge	218	– Kein Widerspruch vom Schuldner	241
Auseinanderfallen von Entstehen und Fälligkeit	217	– Besonderheiten im Verfahren	218	– Verweigerung der Sachpfändung	241
– Entstehung bei Aufnahme der Tätigkeit	217	– Zuschlag für Vergütung, Berichtigung	218	Vermögensauskunfts-/ Eintragungsverfahren	241
– Fälligkeit mit Beendigung der Tätigkeit	217	Vergütungstatbestände	217	Vollziehbarkeit von Ersatzvornahmekosten	243
– Abschluss des Verfahrens	217	vorfinanzierte Verfahren	220	Vorrang Drittwiderspruch vor -widerspruchsklage	242
– nach Nachverteilung	217	Zuschläge für Anfechtungen	219	– Eigentums- oder Besitzrechte	242
– Rechtskraft des Versagungsgrundes	217	– Ermittlung von Anfechtungsgründen	219	– nicht förmlicher Rechtsbehelf	242
Auslagen	221	– Rechtsanwaltsgebühren sind anzugeben	219	<b>Vollstreckung</b>	
– angemessene Verfahrensdauer	221	– Unterschied ob vor oder im Verfahren	219	Anwendung der Vorschriften	225
– Beachtung der Pauschbeträge	221	– Vergleichsberechnung	219	Aufgebotsverfahren (Sparbuch)	282
– Faustregeltabellen	221	<b>Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW – Änderung</b>		Beauftragung einer Vollstreckungsbehörde	64
– Höchstgrenze der Berechnungsgrundlage	221	dingliche Absicherung Ersatzvornahmekosten	243	Beginn eines Vollstreckungsfalles	226
– Korrektur fordern	222	– Beseitigung ordnungswidriger Zustände	243	– Beispiel	226
– Nachweis der tatsächlichen Auslagen	221	– verwahrloste Grundstücke	243	Bestimmtheit eines Ersuchens	64
– objektive Kriterien	221	Eintragungsverfahren zum Schuldnerverzeichnis	241	Forderungen, die nach VwVG vollstreckt werden	225
– Zusammenfassung	222	– Gleichheits- bzw. Gleichbehandlungsprinzip	241	Insolvenzverfahren	227
Berechnungsgrundlage	219	– Eintrag durch Vollstreckungsbehörde	241	Kontrolle des Auftrages	64
– Befassung, nennenswerte	220	– keine Optionslösung für Eintragungsverfahren	241	Kraftloserklärung durch Vollstreckungsbehörde	282
– Darlegung nennenswerter Belastungen	220	elektronischer Vollstreckungsauftrag an GV	242	Nebenforderungen (-leistungen)	227
– Aufstellung der Gründe	220	– E-Government-Gesetz NRW	242	– Säumniszuschläge, Zinsen	227
– vorl. Insolvenzverwalter, § 11 InsVV	220			– Mahngebühren, Auslagen, Pfändungsgebühren	227
– Insolvenzverwalter, § 63 InsO i. V. m. § 11 InsVV	220			Rechtsanwaltskostenerstattung	283
Betriebsfortführung	218			Rechtsgrundlagen (nicht abschließend)	225
– Berechnung Masse mit und ohne Fortführung	219				
– Massemehrung	219				
– Voraussetzung für Zuschlag	218				
– vergessene Vergleichsberechnung	219				



